

Uwe Duske, Waldmannstr. 10, 12247 Berlin

18. Dezember 2008

An den Bischof der
Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg
- schlesische Oberlausitz, Herrn Dr. W. Huber
Postfach 350954
10218 Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Huber,

seit Tagen sehe ich Ihre verlogenen Plakate in der Stadt und höre ich im Rundfunk, dass es Freiheit sei, staatlichen Unterricht abzulehnen und dafür konfessionellen zu wählen. Und heute erhalte ich sogar noch ein personalisiertes Schreiben mit Ihrem Bild, in dem Sie unterstellen, dass die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt den konfessionellen Unterricht nicht wählen könnten.

Ihnen geht es nicht um die „Wahlfreiheit“ der Kinder und Jugendlichen, sondern darum, dass der Staat Ihren Religionsunterricht garantiert, finanziert, organisiert und für alle SchülerInnen zur Pflicht macht. Sie polemisieren gegen das „Zwangsfach Ethik“ in der Sekundarstufe, wollen aber, dass schon die Grundschüler verpflichtet werden, am Religions-, Weltanschauungs- oder Ethikunterricht teilzunehmen.

Und da es Ihnen schon jetzt nicht mehr gelingt, die Schulen mit der hinreichenden Zahl von KatechetInnen auszustatten, ist Ihnen die Vorstellung sehr angenehm, dass der Staat bzw. unsere Stadt nicht nur für die Finanzierung, sondern auch für die Organisation Ihres Unterrichts und damit der Ausbildung und Rekrutierung der Lehrer verantwortlich wird.

Dies nenne ich verlogen, da Sie vorgeben, das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Auge zu haben, tatsächlich aber nur auf den Vorteil der Kirche abzielen.

Sie wissen sehr genau, warum in Berlin der Ethik-Unterricht eingeführt wurde – nämlich genau darum, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen mit den Werten und Haltungen unserer grundgesetzlich verankerten Gesellschaftsordnung, den Grundlagen unseres Gemeinwesens vertraut werden. Sicherlich ist und bleibt es fraglich, ob es einen gesonderten Werteunterricht geben muss oder ob die Werteerziehung nicht Unterrichtsprinzip sein sollte. Sicher ist jedoch, dass wir es uns nicht leisten können, Werteerziehung nur als Teil religiöser Bekenntnisse zu sehen. Es gilt in Schule und Gesellschaft nicht, die Unterschiede zu betonen, sondern das Verbindende und Gemeinsame zu fördern und zu entwickeln. Täglich erfahren wir aus den Medien, wozu religiöse Unterschiede missbraucht werden.

Ich bin 14 Jahre lang Schulleiter einer Hauptschule gewesen, in der wir schon lange vor der Einführung des Ethik-Unterrichts sehr erfolgreich die Werteerziehung als wesentlichen Teil der gesamten Unterrichts- und Erziehungsarbeit gesehen und umgesetzt haben. Es gab (und gibt) an dieser Schule keinen Religions- und keinen Lebenskundeunterricht, aber alle Schülerinnen und Schüler nehmen auch an dem Unterricht teil, der von den Religions- und Lebenskundelehrern mitgestaltet wird. So haben auch muslimische SchülerInnen Unterricht bei der evangelischen Katechetin sowie katholische SchülerInnen beim Lebenskundelehrer.

Wenn es Ihnen nicht um die Macht und den Einfluss der Kirche auf Mensch und Gesellschaft, sondern um den Menschen, das harmonische Zusammenleben der Religionen und Kulturen, den nicht nur Weihnachten beschworenen Frieden zwischen den Menschen ginge, hätten Sie sich aktiv an der Ausgestaltung des Faches Ethik beteiligt und Ihren Katecheten eine entsprechende Erweiterung ihrer Lehrbefugnis empfohlen.

Aber angesichts der Tatsache, dass der Einfluss der Kirche wie die Mitgliederzahl schwindet, setzen Sie auf staatlich garantierten, finanzierten Religionsunterricht. So hoffen Sie auch im Osten der Stadt (und später sicherlich auch in Brandenburg) staatlich verordneten Unterricht zur Mission zu verwenden, um die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, deren Eltern Sie verloren haben. Das ist für Kinder und Jugendliche sicherlich eine verführerische Alternative, sich die versetzungsrelevante Note bei einem um die Gunst der Kinder und Jugendlichen werbenden Vertreter einer Konfession zu holen.

Da es Ihnen um die Macht der Kirche geht, ist es Ihnen auch gleichgültig, wenn die vermeintliche „Wahlfreiheit“ dazu führt, dass die Zahl der Mädchen, die Kopftuch tragen müssen, zunimmt, muslimische Mädchen nicht zum Schwimmunterricht dürfen und von Klassenfahrten ausgeschlossen werden. Während wir als staatliche Lehrer im Interesse unserer Jugendlichen versuchen, das die Menschen Verbindende, das Gemeinsame zu betonen, wollen Sie, dass die Jugendlichen im staatlichen Unterricht nach Konfessionen getrennt werden, die Unterschiede und Gegensätze deutlich werden.

Einer Kirche, der es nicht um die Menschen, sondern nur um ihre Macht geht, möchte ich nicht angehören. Ich kann es auch nicht ertragen, dass mit meinen Steuergeldern Menschen belogen und zu einer falschen Stimmabgabe verführt werden. Daher werde ich morgen im Amtsgericht Schöneberg meinen Austritt aus dieser Ihrer Kirche erklären.

Ich werde meinen Brief verbreiten in der Hoffnung, dass es uns auch gegen die finanzielle Macht der Kirchen gelingt, Ihr Vorhaben zu verhindern.

Mit freundlichem Gruß